

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

43 (20.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252541](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252541)

fig zu verfallen. Ich hätte bei dieser Gelegenheit gern auch Mittel gegen die über 100 jährige Reichstagsdauer eingeführt gesehen und die Ziffer der Reichstagsdauer auf 100 Jahre herabgesetzt, aber da mein Antrag abgelehnt wurde, beschreibe ich mich und bitte Sie, den Antrag des Abg. Noeren anzunehmen. Sie leisten dadurch den Reichstag und damit auch dem Vaterlande einen Dienst.

Abg. Bischoff (Sprach): namens der Nationalliberalen für den Antrag.

Abg. Benzmann (Hb.): Ich habe im Namen meiner Partei folgende Erklärung abzugeben: Wir bedauern auf das Lebhafteste, daß der Herr Präsident von Bismarck, dem auch wir die höchste Achtung entgegenbringen, die Kammerkammer geschickt hat. Aber diese Bedrückung für unsere Herrn Reichstagsmitglieder und noch nicht veranlassen, einen Schritt mitzugehen, der in seinen Konsequenzen eine ganz andere Bedeutung gewinnt, als jetzt die für seine Person. Herr Singer sprach von der Festlegung des freien Bürgerrechts, die sich in der Zustimmung zu diesem Antrag befindet. Als Vertreter des freien Bürgerrechts können wir den Antrag Noeren ab. Wir halten ihn weder durch den Fall Noeren, noch sonst begründet.

Abg. Debel (Soz.) bekräftigt, daß der Präsident von Bismarck die Kammerkammer geschickt, was gar keine Veranlassung vorliegen habe. Die Begründung des Antrages ist nicht stichhaltig, denn der Fall im Reichstage ist durchaus nicht schlechter geworden. Der Präsident entsagte ja jetzt nicht einmal die ihm schon zustehenden Staatsmittel. Die Entziehung des Wortes ist seit dem Verlassen des Reichstages, so viel er will, erst einmal ausgesprochen worden im Jahre 1872 und habe ihn selbst betroffen. (Heiterkeit.) Er habe sich damals bei diesem Entschiede des Präsidenten nicht bedrückt und die Sache vor die Geschäftsbearbeitungskommission gebracht. Die Kommission habe ihm Recht gegeben und Präsident Bismarck habe in Folge dessen sein Amt niedergelegt. Der heutige Antrag richte sich gegen die Sozialdemokratie und zwar gegen diejenigen Mitglieder, die es noch einmal wagen sollten, bei einem Hoch auf den Kaiser zu bleiben. Er solle also einen Angriff auf die freie Meinungsäußerung des Abgeordneten haben, dagegen wolle er schon heute protestieren. Noeren führt das Weiter aus, daß im Abgeordnetenhaus von Zweien und Dreien viel schlechtere Reden gehalten worden sind, als sie je im Reichstage vorgekommen seien. Dabei sei vom Präsidenten wieder ein Wort des Tadelns nach dem Verlassen gefallen. Nur einmal habe der Präsident das Wort „Jussum“ einem Minister gegenüber als ungebührlich bezeichnet. Das entpriehe auch dem Grundsatze der Immunität, die es dem Abgeordneten ermöglichen soll, im Hause etwas freies zu sagen, was außerhalb des Hauses verfolgt werden würde. Er habe aber gerade im Reichstage schon Ordnungsrufe erhalten wegen Äußerungen, die er in jeder Versammlung hätte thun dürfen, ohne daß sich Jemand oder Gerichte hätten einmischen können. Er wolle hier, ohne dem Präsidenten zu nahe zu treten — es wäre schwerlich einem diesem Präsidenten — doch darauf hinweisen, daß er, als er von der deutschen Reichstagsnatur sprach, wegen Beleidigung der deutschen Nation zur Ordnung rufen worden. Er sei der Ansicht, daß der Präsident gar nicht zu entschuldigen habe, ob bei der Reichstagsfeier sei oder nicht. (Widerbruch rechts, sehr richtig links.) Darüber werde die Nation, darüber würden seine Wähler richten. (Lärm rechts.) Auf der rechten Seite werde vielleicht am meisten gegen den guten Ton gekündigt. S. B. das öffentliche Verhalten der Reichstagsmitglieder. Seine Partei werde gegen den Antrag Noeren stimmen. (Beifall links.)

Präsident v. Bismarck: Der Reichstag hat eine Ordnungsruf ausgesprochen, den ich am 18. Dezember 1894 erteilt habe. Er hatte damals gesagt: „Wer bei uns in Deutschland, da ich es anders, das ist uns aus Deutschland.“ Die deutsche Reichstagsnatur reide bei uns bis nach oben.“ Dafür habe ich den Abg. Debel zur Ordnung gerufen und das ist mir auch in seiner Weise leid. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Diskussion unter großer Unruhe des Hauses geschlossen.

Der Antrag Noeren und Gen. wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur die freisinnige und die sozialistische Volkspartei, die Sozialdemokraten und einige Polen und Zentrumsmitglieder.

Politische Rundschau.

Vant, den 19. Februar.

— Im Reichstage war gestern ein stiller Tag. Unten im Saale gähnten die leeren Bänke und oben auf der Tribüne gähnten die Journalisten, denn sachliche Debatten haben für die Mehrzahl derselben kein Interesse. Die meisten Läden zeigten die Reihen der Konservativen. Unsere Agrarier hatten auch gestern Wichtiges zu thun. Berlin richtete nämlich seit gestern wieder im Zeichen der „Notleidenden“, die wieder aus allen Teilen Ostpreussens herbeigeeilt sind und gestern Abend gewiß den zahlreichen Einladungen entsprochen haben, die die Besitzer von Balllokalen und Chantanten an den Anschlagbäumen an sie gerichtet hatten. Da müssen die Parlamentarier natürlich auch viel angenehmer ist, als die Reden sozialdemokratischer Abgeordneter über die Unfälle und Invaliditätsversicherung der Arbeiter über sich ergehen lassen zu müssen. Um die Revision dieser beiden Gesetze handelte es sich gestern im Wesentlichen und unsere Genossen Rollenhuth und Brühne nahmen dabei das Wort, um die geringen Leistungen beider „Wohlfahrts-Gesetze“ ins rechte Licht zu setzen. Ein Antrag Ruer will die Uebergangsbestimmungen beim Altersversicherungsgesetz ändern und beim Invaliditätsgesetz den Nachweis bei eingetretener Invalidität erleichtern. Vom Regierungstisch äußerte man sich aber nicht, obwohl der vielgemachte Herr v. Bötticher und mehrere seiner Geheimräthe anwesend waren. Vielleicht geschieht heute, wo die Debatte fortgesetzt wird. Donnerstag wird das Tabaksteuergesetz in erster Lesung zur Verhandlung kommen.

— Aus den Reichstagskommissionen. Die Budgetkommission hat am Sonnabend die Beratung des Marineetat's begonnen. Der Referent Abg. Lieber beantragte, die Fortsetzung der Regierung, das Offizier- und Beamtenpersonal des Oberkommandos zu vermehren, abzuheben. Der Abg. Richter wollte den Titel für das Oberkommando in Zukunft überhaupt gestrichen wissen, weil diese Behörde neben dem Reichsmarineamt überflüssig, ja unter Umständen schädlich sei. Der Ueberliche Antrag wurde angenommen, der Richter'sche abgelehnt. Beim Titel „Oberst des Staatssekretärs für das Reichsmarineamt“ frug der Abg. Singer den Staatssekretär nach dem Resultat der im vorigen Jahre versprochenen Untersuchung über die „Brandenburg“-Katastrophe, worüber wir gestern im lokalen Teil kurz berichtet. Der Staatssekretär antwortete, daß bezüglich der bei dem Unfall beteiligten Marinepersonen eine kriegsgerichtliche Untersuchung statt-

gefunden habe. Diefelbe habe, gestützt auf Sachverständigen-Gutachten, ergeben, daß keine zur Marine gehörige Person Schuld an dem Vorfalle trage. Es sei festgestellt worden, daß der Wangel eines Sicherheitsringes, welcher die Explosion verschuldet hat, drei Leuten, welche bei der Explosion um's Leben gekommen sind, zur Last falle. Ferner sei die Mangelhaftigkeit eines anderen Maschinenbells festgestellt. Die getadelten Leute waren Angehörige des „Balkan“, auf dessen Deck die „Brandenburg“ gebaut ist, welche das Schiff auf der Probefahrt begleiteten. Nachdem die militärgerichtliche Untersuchung abgeschlossen und eine Schuld von Marine-Angehörigen nicht festgestellt war, wurden die Akten der Staatsanwaltschaft zu Kiel übergeben, welche ihrerseits die Sache an die Stettiner Staatsanwaltschaft abgegeben hat. Dort hat die Voruntersuchung zur Anklage-Erhebung gegen eine Anzahl der vom „Balkan“ Angehörigen wegen fahrlässiger Tötung u. s. w. geführt. Das strafrechtliche Verfahren schwebt noch und vor einem abschließenden Urtheil mußte der Gerichtspräsident abgewartet werden. Der Abg. Singer erinnert daran, daß im vorigen Jahre zu gegeben wurde, daß von dem auf der Welle des „Balkan“ zum Zweck der Ueberwachung des Schiffbaues stationierten Marinetechnikern das Fehlen einer Sicherheitsvorrichtung auf den ihrer Prüfung unterliegenden Zeichnungen übersehen worden sei. Der Referent fragt, ob die Untersuchung auch auf dieses Vorkommnis ausgeht worden sei. Der Staatssekretär bejaht diese Frage und theilt mit, daß aus Anlaß des Vorfalles verstärkte Bestimmungen über die Kontrolle u. s. w. erlassen sind. Singer führt aus, daß, abgesehen von dem Ausfall des schwebenden Strafverfahrens, jetzt schon festgestellt sei, daß die Explosion durch Verschulden der Angehörigen des „Balkan“, der für seine Angehörigen verantwortlich ist, erfolgt ist. In wie weit das Strafverfahren ein weiteres Verschulden des „Balkan“ ergeben werde, bleibe abzuwarten, jedenfalls habe die auf sachverständigen Gutachten gestützte militärgerichtliche Untersuchung bereits ein Verschulden des „Balkan“ ergeben. Singer verlangt eine klare und definitive Antwort des Staatssekretärs, ob die Marineverwaltung gewillt ist, die Akten, gestützt auf „Balkan“ für den entstandenen Schaden zivilrechtlich regresspflichtig zu machen. Der Staatssekretär erklärt, hierzu verpflichtet zu sein und wird nach Beendigung des Strafverfahrens entsprechend verfahren. Der Referent Abg. Dr. Lieber bittet, die Erklärungen des Staatssekretärs zu Protokoll zu nehmen. — In der Kommission für das Innenschiffahrtsgesetz wurde ebenfalls am Sonnabend der Abchnitt der Vorlage beraten, der von der Haverei handelt. Als große Haverei gelten alle Schäden, welche einem Schiffe oder der Ladung desselben oder beiden zum Zwecke der Errettung beider aus einer gemeinsamen Gefahr von dem Schiffe oder auf dessen Geheiß vorzüglich zugefügt werden, sowie auch die durch solche Waßregel ferner verursachten Schäden einschließlich des Verlustes der Fracht für ausgepöckelte Güter, d. h. d. Schiffe, welche zu dem beizugewandten Zwecke von dem Schiffe oder nach seiner Anweisung von einem der Ladungs-beteiligten aufgegeben werden. Die große Haverei wird von Schiff, Fracht und Ladung gemeinschaftlich getragen. In Bezug auf den Umfang der großen Haverei werden im § 81 mehrere Bestimmungen getroffen. Abg. Vajermann (natl.) beantragte hierzu die Einfügung eines Absatzes 5, wonach auch die durch Eintritt des Winterfrosts, der ein Schiff zur Aufzucht eines Zwischenhafens nöthigt, entstehenden Kosten und Schäden zur großen Haverei gehören sollen, insbesondere die Kosten des Eis- und Auslaufens, die Schlepppläne, die Hafengebühren, die Kosten der Bewachung, Leichterlös u. dergl. Der Antrag wird angenommen. Nach § 85 erfolgt die Verteilung der Schäden an dem Orte, wo die Reife endet. § 90, wonach dem Schiffe das Verlassen des Ortes, wo die Reife endet, erst nach erfolgter Sicherheitsbestellung für die den Ladungs-beteiligten zu leistenden Beiträge gestattet sein soll, wird gestrichen. Nach § 91 darf der Schiffe Güter, auf denen Havereibeträge haften, vor deren Verdrückung oder Sicherstellung nicht ausliefern, mitbringsfalls er für diese Beiträge verantwortlich bleibt. Dieser Paragraph wird ebenso wie die §§ 92 bis 101, die vom Zusammenstoß von Schiffen, Bergung und Hilfeleistung handeln, angenommen. Bei Abschnitt VII, der von den Rechten des Schiffsläubigers handelt, entwickelt sich eine längere Debatte über § 107, der die Rangordnung der Forderungen feststellt.

— Im preussischen Landtag hat der Abgeordnete Sattler in der letzten Sitzung sich darüber beschwert, daß die Landräthe darin agitierten, daß sie in den Landtag gewählt werden, wodurch ihre Kraft dem Kreise entzogen werde. Die Nationalliberalen fürchten demnach die Konfurrenz dieser Leute, die sie an Unterwürfigkeit gegen die Regierung noch übertrieben. Der Minister v. Köller fertigte den Beschwerdeführer damit ab, daß nur vier Landräthe aus Hannover und Schleswig-Holstein im Landtag sitzen. Ein anderer Abgeordneter beschwerte sich, daß gegen Stadtverordnete, die eine Verammlung arrangiert hätten, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes Strafen angedroht worden seien. Minister v. Köller antwortete ihm, daß für die Stadtverordneten, wenn sie in einer Verammlung öffentliche Angelegenheiten erörtern, das Vereinsgesetz gelte und für sie keine Extraparagraphen geboten werden können. — Wenn die Herren Abgeordneten die Konsequenzen daraus ziehen wollten, so würden sie nach der Beseitigung des reaktionären preussischen Vereinsgesetzes trachten.

— An die Regierung drängt sich das Zentrum immer mehr mit allerlei zweifelhaften Liebesdiensten heran. Nicht nur in der Infrastrukturkommission weichen seine Vertreter Schritt für Schritt zurück und machen der Regierung die bedenklichsten Konzeptionen, auch im Geldbewilligen wandeln sie nachgerade nationalliberale Bahnen. Das ließen helfen wollen, den Herrn v. Stephan in der Budgetkommission gestrichenen Unterhaushaltsrechnung und zwei Direktoren zu

bewilligen, ist schon berichtet. Jetzt haben sie auch dem Militarismus ihre Verbundenheit gemacht. Bisher Erwarten ist in der Budgetkommission der Uebungsplan für das württembergische Armeekorps in der Sitzung am Freitag bewilligt worden. Allerdings wurden nicht die für den Grundbesitz geforderten 9 Millionen, sondern nur fünf Millionen Mark hierfür bewilligt. Der Referent Abg. Gröber (Ztr.) hatte am Schluß der Kommissionssitzung am Donnerstag sich entschieden gegen die Bewilligung ausgesprochen. Darauf hatte der württembergische Kriegsminister eine Ausführung gemacht, welche aber in keiner Weise über die gedruckte Erläuterung hinausging. Zwischen Donnerstag und Freitag aber hat sich die Zentrumsparthei alsdann mit den Konservativen und Nationalliberalen für die Bewilligung von 5 Millionen verständigt. Die Zentrums-wähler werden davon nicht sonderlich erbaute sein.

— Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschloß in ihren letzten Sitzungen, dem Reichstage zu empfehlen, die Wahlen der Abgeordneten Graf Cammer (1. Reg.-Bez. Breslau), Frank (9. Baden), Holz (5. Reg.-Bez. Trier) für allig zu erklären; die Wahl von Reichs-Regem (4. Reg.-Bez. Köln) zu beanstanden und Beweis darüber zu erheben, ob ein vom Kreissekretär des Landrathsamtes in Belgard an sämtliche Gemeindevorstände versandtes Rundschreiben, in welchem aufgefordert wird, gegenüber der freisinnigen Agitation „auf dem Posten“ zu sein, amtlichen Charakter habe.

— Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe ist gestern in den Viktorialen in Berlin mit großem Gepränge eröffnet worden. Herr von Blos eröffnete die Sitzung, der viele Abgeordnete des Reichs- und Landtages, wie auch zahlreiche Damen der „edlen“ Ritter bewohnten. Herr v. Blos gab seiner Freude Ausdruck, daß nun ein Reichskammer und in Preußen ein Landwirtschaftsminister am Ruder seien, zu denen die Landwirtschaft, heißt die Bauernbündler, volles Vertrauen haben könnten. Trotzdem aber müßten die Mitglieder des Bundes, entgegen der Meinung des Herrn v. Hammerstein, schreien, richtig schreien. Dem Fürsten Bismarck, der für die Landwirtschaft so viel getan habe, müsse ein äußeres Zeichen der Dankbarkeit zu seinem demnächstigen Geburtstag gegeben werden. Zu diesem Behufe soll aus dem Ertrage einer Zehnprozentsteuer, die sich die Bundesmitglieder auferlegen haben, dem Fürsten ein Silberbild mit Emblemen geschenkt werden. Die Versammlung war von dieser Siegesfanfare des Herrn v. Blos so begeistert, daß man einen der Anwesenden, weil er in das Hoch, das auf den Redner ausgebracht worden war, nicht einstimme, für einen Sozialdemokraten erklärte und unter großem Tumult aus dem Saale warf. Der Graf Kanitz, der angeblich mit seinem Getreidemopol den Rettungsweg für die nothleidenden Agrarier gefunden hat, wurde mit Jubel empfangen und vor Verehrung fast aufgetrieben. Der Kaiser hat auch die Deputation des Bundes der Landwirthe in Audienz empfangen. Der Kaiser sagte, daß ihm das Wohl der Bauern sehr am Herzen liege, was die Audienz beweise. Die wüste Agitation des Bundes im Vorjahre habe kein landesväterliches Herz sehr bekümmert. Das jetzige Verhalten des Bundes habe jenes Vorgehen aber wieder gut gemacht. Sie sollten in ihrer Agitation aber nun auch Maß halten. Der einberufene Staatstath werde hoffentlich Ersprißliches für die Landwirtschaft hervorbringen. Mit der Wahrung, den Segen Gottes auf die Arbeiten des Staatstathes herabzusenden, wurde die Deputation entlassen.

— Umsturz und Volksaberglaube. Daß die Umstürzvorlage, so lieb sie dem König Stumm und seinesgleichen sein mag, nicht das eigentliche Ziel des „neuesten Kuriers“ ist, das haben wir gleich, als jene Vorlage zuerst auftauchte, den Räubern gesagt und auf die ganz ähnliche Lage im Jahre 1878 hingewiesen, wo dem Sozialistengesetz die famose Wirtschaftspolitik folgte, die dem deutschen Volk Milliarden gekostet hat. Jetzt handelt es sich abermals um einen Beutungs des agrarischen und industriellen Großkapitals und außerdem um einen gewaltigen Finanz-Abzug, der dem deutschen Volk opflicht werden soll. Und zwar sind die militärischen Zwecke für den Augenblick den großartigen Flottenplänen vortausend worden, für die der deutsche Kaiser das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale wirft. Diese Pläne bedingen Ausgaben von vielen Hunderten von Millionen. Und in den oberen Regionen herrscht die Meinung, im Fall einer Auflösung des Reichstages werde sich für den Flottenplan, nach welchem Deutschland eine Seemacht ersten Ranges werden soll, leichter eine Majorität im Volke finden als für die Umstürzvorlage. — Das dürfte ein Zeitrum sein. Ebenfalls aber haben wir mit diesem Flottenplan zu rechnen.

— Kreuzzeitungs-Logik. Ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, hat in Westfalen ein Dynamit-Attentat verübt. Dynamit-Attentate sind anarchistische Taktik. Folglich sind alle Sozialdemokraten Anarchisten und Dynamit-Attentäter — also schrecklich und schuldhaft. Die „Kreuzzeitung“ in ihrem Leitartikel vom Freitag Abend. Die Logik ist gut. Machen wir die Probe darauf. Ein Mann, der Jahre lang für eine Fierbe der Kreuzzeitungsparthei galt, nißte in Spandau ein Faß voll Geld. Leute, die Häuser voll Geld stehlen, sind Spitzbuben und Gallunken. Folglich sind alle Kreuzzeitungsleute Spitzbuben und Gallunken. — Wie Schmidt's Herr von und zu Hammerstein?

— In Bünde in Westfalen hat eine von konservativer Seite einberufene Volksversammlung eine Protestresolution gegen die Tabaksteuervorlage angenommen. Die Versammlung war von mehreren Tausend Personen besucht und sprach sich der Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, Freiherr v. Hammerstein, gegen die Vorlage aus. Wegen die Umstürzvorlage reichte sich in bürgerlichen Kreisen im Lande allmählich der Widerspruch,

nachdem die Verhandlungen der Kommission die Tragweite und grundsätzliche Denkbareit der Einzelbestimmungen haben immer scharfer hervortreten lassen. In Folge dessen hat sich ein Komitee gebildet, an dessen Spitze die Herren Professor Dr. Emminghaus, Warrer Carl Lüder, Landgerichtsrath Rath und Gymnasiallehrer Dr. A. Schmidt stehen; dasselbe hat eine Petition gegen die Umstrukturierung an den Reichstag in Umlauf gesetzt, welche nach Anführung einer Reihe von Gründen mit den Worten schließt: „So sehen wir mit dieser Umstrukturierung nur die Gefahr für die Freiheit wie für die Ordnung wachsen. Dagegen würde die unendlich mehr den Umstrukturierung beschuldende Abweisung von Mißbräuchen und veralteten Schäden zurückzuführen werden. Wir aber glauben, daß eine gerechtere Verteilung der Staatslasten, die aufrichtige Anerkennung der Gleichberechtigung aller Stände, und um ein Besonderes zu nennen, die durchgreifende Aenderung der Militärgerichtsbarkeit, unendlich fruchtbringender wirken würde, als alle neuen Strafparagrafen. Aus allen diesen Erwägungen bitten wir den hohen Reichstag, die Umstrukturierung abzuweisen.“ — Auch der bekannte Romanist, Schriftsteller Wilhelm Jensen erläßt in der „Saale-Ztg.“ einen Brief an das deutsche Volk, um es zum Kampf gegen die Umstrukturierung aufzurufen. Derselbe enthält manche der Wahrheit, er geht aber im Allgemeinen von der falschen Voraussetzung aus, als ob „Rom“, d. h. das Zentrum, die eigentlich treibende Kraft beim „Kampf gegen die Umstrukturierung“ sei. Das ist grundfalsch. Was das Zentrum auch heute noch so besitzen kann, der Regierung in der Umstrukturierung Widerstand zu leisten, lieber wäre es ihm zweifellos gewesen, wenn die Vorlage nicht gekommen wäre, schon der demokratische Wähler des Zentrums wegen. In Folge der falschen Voraussetzung macht der „Brief“ Jensen den Eindruck einer Kulturkampfpauserei, was im gegenwärtigen Augenblick um so lächerlicher wirkt als die Hauptthesen im „Kampf gegen Rom“, die Nationalliberalen, die Haupttreiber für die Umstrukturierung waren und sind.

— In Altona ist, wie der „Meier-Ztg.“ berichtet wird, wegen anarchoistischer Unruhen und Geheimbündelei gegen 18 Personen Anklage erhoben worden.

Frankreich.

Paris, 16. Febr. In dem Erpressungsprozeß wurde gestern das Verhör der Belastungszeugen beendet und mit dem Entlassungszeugen begonnen, das heute fortgesetzt wird. Wie diese Blätter mittheilen, hat der Kriegsminister an alle Kommandeure der Armeekorps Befehle ergoßen lassen, die Instruktion und den Dienst nicht in einer die Gesundheit der Soldaten schädigenden Weise zu betreiben. — Sehr notwendig. Aber wird es geschehen?

Paris, 16. Febr. Die französische Regierung traf mit englischen Abgeordneten, die den Transport von Kriegsmaterial nach Madagaskar übernehmen, das Übereinkommen, daß diese Transportgeschiffe von französischen Kapitänen und Offizieren geführt werden und unter französischer Flagge segeln sollen. — Das heutige „Memorial diplomatique“ berichtet, der neue italienische Vizekonsul sei beauftragt, mit Frankreich Handelsvertragsverhandlungen einzuleiten.

Rußland.

Petersburg, 16. Febr. Im Finanzministerium sind Vorbereitungen getroffen worden, um die Einführung des Branntweinmonopols in den Gouvernements Kasan, Wolhynen, Sibirien, Kiew, Pskow, Tula, Taurien, Odesa und Odessa vom 1. Juli 1896 vorzubereiten.

Petersburg, 16. Febr. Dem Zaren werden, seitdem er von Neuem die Selbstherrlichkeit proklamiert hat, fast täglich Drohbriefe und nichtliche Manifeste zugehen. Man spricht hier viel von der Verhaftung eines Palastbeamten, der in dem Augenblicke ergriffen worden sein soll, als er während der Nacht in das Arbeitszimmer des Zaren große Stacheln einführte, welche die grausige Ermordung Alexander's II. darstellten. Auf einem dieser Stiche befand sich an Stelle Alexander's II. der gegenwärtige Kaiser. Ähnliche Stiche sind gegenwärtig in ganz Rußland verbreitet.

England.

London, 16. Febr. Der sozialistische Abgeordnete Keir Hardie hat seinen Sieg über die Regierung bezüglich Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Lage der Arbeitslosen kürzlich einen zweiten hinzugefügt, indem die Regierung nach einigen Widerstreben seinem Verlangen nachgab, daß die Kommission sobald als möglich einen Zwischenbericht liefere. Wenn man die Ergebnisse dieser Untersuchungen wie üblich erst am Ende derselben veröffentlicht, so konnte man ziemlich sicher voraussehen, daß die Arbeitslosen noch mehrere Monate auf irgend eine Hilfe warten müssen. Einen Zwischenbericht aber, etwa über die Lage freizell in London, konnte die Kommission schon in wenigen Wochen veröffentlichen und man hätte dann Zeit, die Regierung noch während dieser Session zu belästigen über die Ausführung bestimmter Abhilfsmaßnahmen zu drängen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 19. Febr. Vor dem Schöffengericht zu Jever wurde gestern der Schulknabe von hier, der unlängst zwei Kindern ca. 18 Mk. aus dem Korb entwendet und dann den Betrag im Schulbusch versteckt hatte, zu fünf Wochen Gefängnis verurtheilt. Es soll nicht bloß dieses ein Vergehen gegen das Eigentum dem Knaben zum Vorwurf gemacht worden sein, sondern noch eine ganze Reihe solcher Vergehen; daher die verhältnismäßig hohe Strafe.

Wilhelmshaven, 18. Febr. Die hiesigen Freimaurer haben mit Genehmigung der Werkverwaltung im Werk-

arbeiter-Speisehaus eine Wärmehube errichtet, in welcher unermittelte Frauen und Kinder, sowie arbeitslose Männer sich am Tage aufhalten können und bis auf Weiteres unentgeltlich des Morgens eine Tasse Kaffee nebst einem Bröckchen erhalten.

Wilhelmshaven, 19. Febr. Die Verwaltung der hiesigen Gasanstalt, die dem bekannten Kommuneverordneten Herrn Döckelhauser gehört, bekommt es Angelegenheit der Projekte zur elektrischen Beleuchtung der Stadt Wilhelmshaven und Umgegend mit der Angst und Macht nun endlich Konzeptionen über Konzeptionen. Wenn das Angebot, das Herr Döckelhauser neulich der Gemeinde Bant bezüglich der Gasbeleuchtung machte, schon ein Angstprodukt war, obgleich die dortige Gemeindeverwaltung immer noch mehr wie genug Eigenes darin zu finden glaubte, so ist es erst recht ein Angstprodukt, wenn sie jetzt, wo das Unternehmen einer elektrischen Beleuchtungsanstalt Gestalt annimmt, ein Gaslicht empfiehlt, das billiger und vorzüglicher sein soll, als elektrisches Licht. Ob das wirklich der Fall ist, wissen wir nicht, wir wollen es aber auch nicht bestreiten; warum aber — und diese Frage dürfte wohl am Platze sein — hat die Gasanstalt nicht schon früher auf dieses bessere und billigere Licht, das sie zu liefern im Stande ist, aufmerksam gemacht und nur für theures Geld ein Gas geliefert, das jedenfalls häufig sehr viel zu wünschen übrig ließ und läßt. Den Konzeptionsplan, der jetzt hier zwischen elektrischem Licht und Gaslicht in sein erstes Stadium getreten, ist sehr lehrreich und zeigt, daß solche Anlagen und Einrichtungen eigentlich immer nur von den Kommunen und nicht von Privaten gegründet werden sollten. Daher wäre es auch das Richtige, wenn die Stadt jetzt auch die elektrische Station errichtete und sie, so lange ihr Vertrag mit der Gasanstalt dauert, an ein Konzeption zur Ausnutzung verpachtete, sofern sie den Betrieb nicht selbst unterhalten darf. Kein neuer Vertrag dürfte aber mit der Gasanstalt eingegangen werden. Es ist nach unserer Meinung unangebracht, daß nicht zur rechten Zeit die Stadt mit Hilfe des Marinefiskus die Gasanstalt errichtet oder übernommen hat. Es giebt doch kaum eine kleinere Stadt, für die durch die Werk- und Marineanlagen die Verhältnisse so günstig dastehen wie hier. Nicht nur, daß die Kommune und der Staat, eigentlich nur die erstere, eine Einnahmequelle sich uneröffnet gelassen hat, durch die hohen Gaspreise in den meisten Einwohnern hier in ihrem Hause und Wohnung der Gebrauch des Gaslichtes unmöglich. Die Gasanstalt brennt jumeist Petroleum wie die notleidenden Hausbesitzer, welche die theuren Röhren vermieten. Und soweit sie Gasbeleuchtung in ihren Häusern haben, lassen sie, obgleich abgesetzte Feinde des Steuerzahlers, sich von dem Privatmann Döckelhauser empfindlich besteuern. Wenn wir recht berichtet sind, so war die hiesige Gasanstalt dem Herrn Döckelhauser, der in Düsseldorf, in den letzten Jahren einen Reingewinn von 50—56000 Mk. jährlich ab. Das beleuchtet das Vorhergegangene, eröffnet aber Männern, die die Fortschritte der Zeit möglichst schnell Allen — und hier im engen Rahmen der Kommune verstanden — allen Einwohnern zu Gute kommen lassen möchten, eine schöne Perspektive, die bei der Frage der elektrischen Beleuchtung, die jetzt auf der Tagesordnung der öffentlichen Meinung steht, nicht außer Acht gelassen werden dürfte. Ohne Zweifel ist die Stadtverehrung dazu berufen, zu dieser die Öffentlichkeit jetzt bewegenden Frage Stellung zu nehmen. Doch zweifeln wir daran, daß die Herren dies in dem in diesen Zeiten ausgeprägten Sinnethun, weil wir ihnen nicht zutrauen, aus ihrer kapitalistischen Haut herauszutreten zu können. Denn es geht ihnen doch auch mehr oder weniger eben gerade wie Herrn Döckelhauser, der nur dann sich seine fette Prostitution schmälern läßt, wenn dieselbe überhaupt verloren zu gehen Gefahr läuft.

Heppens, 19. Febr. Am Mittwoch den 20. d. M., Abends 8 Uhr, findet in Roh's Gasthause eine Gemeinderatsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Kommissionen, beziehungsweise Antrag derselben, betreffend einmonatliche Erhebung der Kommunal-Abgaben; 2. Feststellung der Aenderung des Voranschlags über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeindekasse pro Mai 1894/95; 3. Antrag des Hausbesitzer-Vereins, betreffend Übernahme der geplanten elektrischen Straßenbeleuchtung auf Kosten der Gemeinde. 4. Berichtigung.

Heppens, 19. Februar. In den gestern unter Bant aufgeführten Festlichkeiten diverser Vereine ist noch nachgetragen, daß am Freitag, 22. d. Mts., der Gesangsverein „Sängerkreis“ hier im Saale des Herrn Sachjen sein Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Gesang und Theater, feiern wird.

Oldenburg, 18. Febr. In der vorgestiegenen Sitzung der II. Strafkammer des Landgerichts wurde gegen den 15-jährigen Schöfer Hermann Thuen aus Beheim verhandelt, der angeklagt ist, am 31. Dezember v. J. den Dienstknecht Spieker daselbst mit einem Messer gestochen und dadurch dessen Tod herbeigeführt zu haben. Aus der Verhandlung ist hervorzuheben: Der Angeklagte und der Getödtete dienten zusammen bei dem Jeller Wilhelm Veel in Beheim. Am Spätherabend waren Beide beim Kartenspiel in Streit geraten, der zu unbedeutenden Thätlichkeiten führte. Als sie dann mit dem gleichfalls bei Veel dienenden Jungen Veel gleich nach 9 Uhr das Haus ihres Dienstherrn betraten, blieben sie, während Veel sofort in die Küche ging, hinter ihm auf der Treppe zurück. Hier soll nach Angabe des Angeklagten Spieker ihn von hinten in den Rücken gestochen und mit der Faust auf den Kopf geschlagen haben, worauf er in der Erregung sein Messer gezogen, geöffnet und blindlings nach Spieker geschlagen haben will. Er traf denselben ins Herz; Spieker verstarb sofort. Der Angeklagte war, nachdem er mit dem Messer angeschlagen, in die Küche gegangen und hatte sich ruhig

zum Abendessen hingelegt. Der jugendliche Angeklagte, welcher bei seiner Vernehmung unter fortwährendem Schluchzen seine Schuld eingestand, wurde zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurtheilt.

Oldenburg, 18. Febr. Die Oldenburger Genossenschaftsbank ist durch den Bankrott des Kaufmanns Renkens in Delmenhorst arg geschädigt worden. In dem Geschäftsbericht über das vergangene Geschäftsjahr heißt es: „Wir müssen unserm Bedauern darüber Ausdruck geben, daß wir durch einen empfindlichen Verlust, der uns beim Konkurs des verstorbenen Kaufmanns H. Renkens in Delmenhorst in Aussicht steht, leider nicht in der Lage sind, die Verteilung einer Dividende in Vorschlag zu bringen.“

Oldenburg, 16. Febr. Die Gesamteinnahmen der oldenburgischen Eisenbahnen (ausschließlich Oldenburg-Wilhelmshaven) betragen nach vorläufiger Ermittlung im Januar 1895 395 479 Mk., im Januar 1894 412 222 Mk., Mindereinnahme 1895 16 743 Mk. Für die Wilhelmshaven-Oldenburger Strecke wurden nach vorläufiger Ermittlung vermindert im Januar 1895 63 280 Mk., im Januar 1894 64 874 Mk., Mindereinnahme 1895 1594 Mk.

Bremerhaven, 17. Febr. Der englische Dampfer „Loch Maree“, welcher am 15. Januar von Charleston mit 6610 Ballen Baumwolle nach hier abging, ist einer bei eingetroffenen Wellen zufolge auf 52 Grad nördl. Breite und 12 Grad westl. Länge von der Mannschiff verlassen worden. Die Besatzung rettete sich in die Schiffsboote und landete in Westport an der irischen Küste. Beschluß der Dampfer verlassen wurde, ist noch nicht bekannt, jedoch wurde schon früher gemeldet, daß der „Loch Maree“ am 6. Februar 130 Seemeilen von Irland durch einen englischen Dampfer ohne Rohlen gesprochen wurde; damals hatte das Schiff bereits alles Holzwerk auf Deck zum Heizen der Kessel verbrannt.

Bermischtes.

— Der Untergang des Lloyd-Dampfers „Elbe“ und der damit in Verbindung stehende sehr bedeutende Verlust an Menschenleben hat in den sachverständigen nautischen Kreisen der Hamburger Bevölkerung die Frage erregt, auf welche Weise derartige Unglücksfälle in Zukunft vorgebeugt werden könnten. Auf Seiten der praktischen Nautiker ist man einstimmig der Ansicht, daß die gegenwärtige Wohnweise, Dampfer nur noch mit geradem Steven (Vorderteil) zu bauen, im hervorragenden Maße an der Intensität von Kollisionen die Schuld trägt. Gerade, d. h. senkrecht vom Kiel aus aufsteigende Steven mögen für die Fahr- und Geschwindigkeit des Schiffes allerdings von gutem Nutzen sein, insofern sie das Wasser rasch theilen und nach beiden Seiten des Schiffes zurückwerfen, ganz abgesehen davon, daß ein Schiff mit geradem Steven sich besser präsentiert, als ein solches mit schräg verlaufener Buglinie. Ist aber der Steven vom Kiel aus schräg aufsteigend, so werden in einem Kollisionssalle von einem solchen Schrägsteven zunächst diejenigen Theile des anderen Schiffes getroffen, die zur Schwimmfähigkeit desselben nicht absolut erforderlich sind. Es findet dann bei einer solchen Kollision mehr ein Vordrücken des angehenden Schiffes, als ein Einneigen in dasselbe statt, und deshalb ist man in nautischen Kreisen allgemein der Ansicht, daß eine Verbesserung, das heißt eine Verminderung d. Gefahr bei Kollisionen nur durch den Ersatz einer internationalen Vorschrift herbeizuführen ist, nach welcher Seefahrzeuge hinfort nur mit schrägem Steven gebaut werden dürfen. Viel leicht empfiehlt es sich auch, den Winkel festzustellen, in welchem der Vordersteven eines Schiffes vom Kiel aufwärts verlaufen muß.

Literarisches.

— Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieck Verlag) ist soeben das 20. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt geben wir hervor: Zur Genese der Umstrukturierung. — Kaiserliche Kasse und Kassenstellung. Von Dr. A. W. Blagoff. — Der dritte Band des „Rechts“. Von Dr. H. B. B. VII. — Literarisches Rundschau. — Reizung: Aus den Ergebnissen der kaiserlichen Armenkassen. — Bräuterei: Herrn Galtz. Bericht Bräuterei. — Genen aus dem parlamentarischen Kommissions-Lichtspiel. Von Paul Lafargue.

— Heft 23 des Volks-Zeitung, herausgegeben von Emanuel Baum; Verlag von Reinhold u. Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen. Mit diesem Heft ist der 1. Band des Volks-Zeitung komplett. Das Nachschlagen ist durch Beilage eines Registers, welches ca. 15 000 Stichwörter enthält, außerordentlich erleichtert und bequem arrangiert. Der Band 1 des Volks-Zeitung ist komplett gebunden in Originaldeck (Halbtranz) 6 Mk., (Leinen) 5,40 Mk. Die Einbände liefern der Verlag zu 1,10 Mk. und 60 Pf. Die können allen Genossen und insbesondere auch den Vereinsthätigen die Anschaffung des Buches auf das Beste empfehlen. Alle Buchhandlungen, Kolportage u. nehmen Bestellungen entgegen.

Vereinskalender.

Bant-Wilhelmshaven.

„Verband der Maurer“. Dienstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann.
„Arbeiter-Fortbildungsschule“. Dienstag und Donnerstag Unterricht.
„Zentral-Krankenkasse der Zimmerer“. Freitag, 22. Febr., Abends 8 1/2 Uhr: Sitzung der Beiträge bei Raes, Heppens.
„Verband der Zimmerer“. Freitag, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Raes, Heppens.

Quittung.

Für den Parteifonds erhalten: 5 Mk. vom „Bergnütigen“ Schreiber. Die Redaktion.

Briefkasten.

D. V. Tonndorf: Ihr Brief ist am 15. Febr. Straßporto. Gatten Sie zu dem Zweck eine Postkarte benutzt, so wären solche unnütze Ausgaben vermieden worden.

Anfertigung und Lager
feinster
Herren- und Knaben-
Garderoben.
Sämmtliche Herrenbedarfsartikel
als: Hüte, Mützen, Schirme,
Wäsche, Shlipse, Unterzeuge.

M. KARIEL

Wilhelmshaven

Stadttheil Neubremen, Neue Wilhelmshavener Str. 1.

Der Verkauf

geschieht zu unerreich-
tiefen, jedoch streng
festen Preisen. Meine
langjährige Thätigkeit
am hiesigen Platze bürgt
für strengste Reellität.

Konfirmanden-Hüte

in 10 verschiedenen Façons
und Qualitäten
schon von Mk. 1.25 an
empfiehlt
M. Schlöffel,
Kürschner.

Ein Posten

Damen-Hemden

mit eleganter Spitze
Stück 50 Pf.
In den Schaufenstern angeschmückte
Hemden
ganz bedeutend unter Preis
im Reste-Verkauf
Wulf & Francksen.

Ein großer Posten

Gardinen-Reste

für ein und zwei Fenster
billig
im Reste-Verkauf
Wulf & Francksen.

Inlet-Reste

für Unter- und Oberbetten
werden billig abgegeben.
Wulf & Francksen.

Ein Posten

Barchend-Nachtjacken

aus gutem Barchend, mit Spitze
besetzt
Stück 75 Pf.
Wulf & Francksen.

Gesucht ein Schiffsjunge.

W. Schütte, Barel.

Gesangverein „Concordia“

Der diesjährige Maskenball

findet am
Freitag den 22. Februar 1895
im Saale des „Schützenhofes“ zu Bant
mit großartigen neuen Aufführungen statt.
Kasseneröffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Eintrittspreis: Herrenmaske 1,25 Mk., Damenmaske 75 Pf.,
Zuschauer 50 Pf. Zuschauer, welche nach der Demaskierung
am Ball theilnehmen wollen, zahlen 50 Pf. nach.
Karten sind zu haben im Vereinslokal bei Herrn Krause, bei den
Herren Tenschhoff, Schmidt (Banter Hafen), Cornelius (am
Markt), M. Jürgens, sowie bei sämtlichen Vereinsmitgliedern.
Masken-Garderoben sind am 21. (Abends) im Schützenhause zu haben.
Freunde und Gönner des Vereins ladet ergebenst ein
Das Festkomitee.

Arbeiter-Turnverein Frohsinn.

Einladung

zu dem am Freitag den 22. Februar 1895 im Saale des
Herrn Meinerts in Sedan stattfindenden

2. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Schauturnen, Theater,
Couplets, sowie nachfolgendem Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Ball 75 Pf.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 40 Pf. bei den Herren
Meinerts, Sedan, Buddenberg, Marktstraße, sowie bei sämt-
lichen Vereinsmitgliedern zu haben.

Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr.

Einladung

zu der am Sonntag den 23. Februar 1895 im Vereinslokal
(beim Kameraden G. Oldewurtel) stattfindenden

Feier des 15. Stiftungs-Festes

bestehend in
Konzert, Theater, komischen Vorträgen und Ball.
Anfang 8 Uhr Abends.

Das Festkomitee.

Ein möbl. Zimmer

zum 1. März an einen anständigen jungen
Mann zu vermieten.
H. Preiser, Lönnebeck 9.

Zu vermieten

auf sofort eine vierz. Oberr. ohnung.
Joh. Freudenthal, Neubremen,
Schulstraße 10.

Grosse Massen

Reste

von
Kattun für Bettbezüge,
Schürzen und Kleidern,
Karrirten Bettzeugen,
Leinen und Halbleinen,
Barchend, Pelz-Piqué,
Bettuchleinen,
Handtüchern
im Reste-Verkauf
Wulf & Francksen.

Ein unmöbliertes Zimmer

zu vermieten. Bant, am Markt 21.

Ein möbl. Zimmer

auf sofort zu vermieten.
Grenzstraße 40.

Ein frdl. Logis für einen jg. Mann

Neue Wilhelmshavener Straße 59.

Eine kleine Oberwohnung

für eine Witwe mit zwei Kindern gesucht.
Zu erfragen Adolfsstr. 35, oben.

Schlafstelle gesucht für ein anst. jg.
Mädchen. Off. u.
„Schlafstelle“ an die Exp. d. Bl. erbeten.

Ein Damen-Maskenkostüm

zu verleihen.
Bant, Werftstraße 19.

Zwei Damen-Maskenanzüge

billig zu verleihen oder zu verkaufen.
Werftstraße 10, 1 Tr.

Zwei Damen-Maskenanzüge

billig zu verleihen.
Friederikenstraße 5, part. links.

Zugelaufen

ein kleiner Hund. Abzuholen
Bant, Birkenstraße 3.

Eine Peitsche gefunden.

Gegen Erstattung der Insektionsgebühren
abzuholen in der Expedition d. Bl.

Ein möbliertes Zimmer

(auch passend für ein junges Mädchen) auf
sofort zu vermieten. Altendeichweg 13.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theil-
nahme bei der Beerdigung meiner lieben
Frau und unserer guten Mutter, besonders
für die zahlreichen Kranzpenden sagen wir
unfern innigsten Dank.

C. Neumann mit Kindern.